

Der Weg zum Gedenkort ist frei

Stadtrat Die KZ-Außenlager bei Landsberg erinnern an den Holocaust. Bei Erpfting soll nun ein Dokumentationszentrum entstehen

Landsberg Die Stadt Landsberg unterstützt die Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung bei der Verwirklichung eines Dokumentationszentrums auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers an der Erpftinger Straße. Wie berichtet, soll dort ein Lernort zur Wissensvermittlung und zum Gedenken entstehen. Der Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung die Verwaltung damit beauftragt, die Grundlagen zu ermitteln und eine entsprechende Planung zu entwickeln.

„Wir haben schon zu lange rumgedoktert und sollten jetzt ein Zeichen setzen“, sagte Dieter Völkel (SPD) in der Stadtratssitzung. Zuvor hatte Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl (UBV) dafür geworben, mit einem positiven Beschluss für Planungssicherheit bei der Stiftung und deren Präsidenten Manfred Deiler zu sorgen. Der Stadtrat fasste den Beschluss einstimmig.

Der ab 1944 im Raum Landsberg und Kaufering aufgebaute KZ-Außenlagerkomplex mit zehn gesichert

nachgewiesenen Außenlagern, dem auch das Lager VII zwischen Landsberg und Erpfting zugeordnet ist, gilt als größtes Außenlagersystem des Konzentrationslagers Dachau und damit als eines der größten in Bayern und im Bundesgebiet. Der zwischen Juni 1944 und April 1945 bestehende Lagerkomplex war Bestandteil eines Bauprojekts zur Errichtung von Großbunkern, in denen Jagdflugzeuge produziert werden sollten. Für das Projekt wurden unter anderem jüdische Häftlinge ins Reichsgebiet deportiert und unter erbärmlichsten Verhältnissen zur Arbeit gezwungen. Viele von ihnen ließen dabei ihr Leben.

Den Teil des Geländes mit den noch erhaltenen Bauwerken erwarb 1987 die „Bürgervereinigung Landsberg im 20. Jahrhundert“ und übereignete ihn an die 2009 gegründete Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung. Für eine Dokumentationseinrichtung mit Sanitärbereich, Erschließungs- und Parkflächen wäre Baurecht zu schaffen. Damit die Stiftung sich um Fördergelder bewerben kann, benötigt sie eine Aussage der Stadt, ob der Bebauungsplan entsprechend geändert werden kann. Mit der Entscheidung des Stadtrats kann Stiftungspräsident Deiler nun die nächsten Schritte in die Wege leiten. (wu)



In diesen Unterkünften aus einer Tonröhrenkonstruktion waren die Häftlinge im KZ-Außenlager VII untergebracht.
Archivfoto: Julian Leitenstorfer